

# Österreich: Ist- und Soll-Zustand

Mein Name ist Peter Schutte und ich kandidiere bei der diesjährigen Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten. Aus welchem Grund mache ich das?

Als die Ursache meiner Motivation, mich bei den Menschen in unserem Land um dieses Amt zu bewerben, kann ich die vorherrschende Gesamtsituation in der österreichischen Politik nennen. Wir erleben den Beweis dafür, dass die sogenannte repräsentative Demokratie nur dann eine einigermaßen funktionierende Staatsform ist, wenn sie von Menschen mit Rückgrat, mit gefestigtem Charakter, mit moralischen Werten und vor allem mit Verantwortungsbewusstsein ausgeübt wird. Doch wo hat uns dieses Modell der repräsentativen Demokratie in der jüngsten Vergangenheit hingeführt?

Es werden Verordnungen erlassen, welche den Menschen im Land Verletzungen des Strafrechts abverlangen. Es werden Gesetze beschlossen, welche Menschenrechte wie das Verbot der Diskriminierung offenkundig verachten. All das geschieht durch **nicht gewählte** Personen, welche politische Ämter bekleiden und Funktionen ausüben.

Und weshalb betone ich dieses *nicht gewählt* so sehr? Nun, auch das ist Fakt in Österreich. Bis auf die Bürgermeister und den Bundespräsidenten wählen wir keine Personen – wir wählen Parteien. Und diese Parteien, also nicht gewählte Menschen innerhalb dieser Parteien, machen sich aus, welche anderen nicht gewählten Menschen in politische Funktionen eingesetzt werden. Diese nennt man dann gewählte Volksvertreter. Ich frage mich, warum man das so sagt? Für mich sind das „**Nichtgewählte**“!

Und was machen diese Personen dann? Sie verdienen – nein, sie bekommen – monatlich einen Betrag, mit dem eine durchschnittliche Familie mit sagen wir einem Vollzeit- und einem Teilzeiteinkommen und zwei Kindern mindestens ein halbes Jahr auskommen muss. Diesen Betrag bekommen sie Monat für Monat. Davon, diesen Betrag zu verdienen, sind sie meiner Ansicht nach sehr weit entfernt. Gut, das machen sie nicht aktiv, das ist einfach so. Was machen diese Nichtgewählten also aktiv? So war meine Frage gemeint. Sie treffen Entscheidungen, wobei sie jegliche Entscheidungsgrundlagen offenkundig ignorieren. So ist etwa die Liste der Länder, in denen weltweit noch eine FFP2-Maske zu tragen ist, auf einen einzigen Eintrag geschrumpft: Österreich! Es wird weiterhin ignoriert, dass etwa eine britische Studie ergeben hat, dass bei 85 % der Menschen, die sich wegen Atembeschwerden in ärztliche Behandlung begeben haben, Mikrofasern von Polypropylen oder Polyethylen, also Mikroplastik, in der Lunge entdeckt wurde. Das waren eingeatmete Fasern der sogenannten Schutzmasken.

Ich werde nach diesem ersten Beispiel einer endlosen Liste von Fehlbeurteilungen und Fehlentscheidungen das leidige Thema der Coronapolitik nicht weiter ausbreiten, sondern würde gerne über das weltweit gute Ansehen Österreichs sprechen. Ach ja, das geht leider nicht mehr, denn das war einmal. Auch das haben die Nichtgewählten innerhalb kürzester Zeit ruiniert! Womit wir bei der Verfassung wären und wie die Nichtgewählten damit umgehen. Denn das Neutralitätsgesetz, mit dem wir uns 1955 zur immerwährenden Neutralität bekannt haben, steht im Verfassungsrang und es ist den derzeit agierenden Nichtgewählten – mit Verlaub – scheißegal. Sie mischen sich aktiv in den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ein und brechen damit unsere Verfassung. Unsere Verteidigungsministerin hat am 8. Mai in den USA einen Vertrag zur Annäherung an die Nato unterzeichnet und der Generalstabschef des Bundesheeres wurde nach Brüssel verabschiedet, wo er den Vorsitz aller Generalstabschefs der EU übernimmt – Neutralität in Reinkultur, oder so ähnlich! Ich muss an dieser Stelle Max Liebermann zitieren: „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte!“

Und was haben wir von der Einmischung unserer Nichtgewählten in das Geschehen zwischen Russland und der Ukraine? Wir lesen Zahlen wie 80 Mio. €, welche als Hilfsleistungen in die Ukraine gehen. Ich habe genauso von 1,2 Milliarden € Privatvermögen des ukrainischen Präsidenten Zelenskyy gelesen, aber nichts davon, wie er sein eigenes Volk damit unterstützt. Und weiters wurde von unseren Nichtgewählten ein Gesetz verabschiedet, welches das Verbreiten von Nachrichten eines bestimmten russischen Senders mit einem Strafmaß von 50.000 € bemisst. Das letzte Mal, dass Menschen in Österreich der Konsum bestimmter Medien gesetzlich untersagt wurde, war in einer Zeit, die man als Vergleich nicht heranziehen darf, als unser Land die Ostmark hieß, weil man diese Zeit mit solchen Vergleichen angeblich verharmlosen würde. Ein persönlicher Freund von mir hat seinen Vater in einer Zweitstelle des Konzentrationslagers Mauthausen verloren und er will bei Gott nichts verharmlosen, doch er sagt, dass es damals genauso angefangen habe. Und auch um so einen Anfang rechtzeitig zu erkennen und dem entgegenzuwirken, auch dafür steht meine Kandidatur zum Bundespräsidenten.

Doch zurück zu meiner Frage, was uns das aktive Einmischen unserer Nichtgewählten in der Ukraine nun tatsächlich eingebracht hat. Die massive Inflation? Butter ist heuer um 80 % teurer geworden! Weil die Milch dafür aus Russland stammt? Das kann wohl nicht der Grund sein. Die Preistreiberei muss andere Gründe haben. Und wenn man sich die Entwicklung der Treibstoffpreise ansieht, von denen einen Großteil nur die Steuern ausmachen, dann müssen die Menschen in unserem Land nicht nur die neutralitätsbrüchigen Sanktionen mittragen und mitfinanzieren, sondern der Staat bereichert sich zusätzlich noch an den Steuereinnahmen. Ein Blick nach Ungarn und Slowenien zeigt, dass man da nicht mitmachen muss, wenn man als Politiker sein Hirn für mehr als nur Füllmaterial benutzt, damit die Augen nicht in den Kopf fallen.

Und abseits der aktuellen politischen Geschehnisse erleben wir in der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik jahrzehntelange Versäumnisse. Auch dieser Bereich ist mir ein großes Anliegen, da wir alle ein Teil der Menschheitsfamilie sind, in der wir einander zur Seite stehen sollten und füreinander da sein, vor allem für unsere Kinder, für deren Wohlergehen und deren Ausbildung.

Aus dieser Ist-Situation und den derzeit daraus resultierenden Folgen kann ich als ersten Schritt eines erstrebenswerten Soll-Zustandes nur eine massiv anders ausgeübte Amtsführung des Bundespräsidenten ableiten. Er ist die einzige direkt gewählte und damit von den Menschen ins Amt eingesetzte politische Person auf Bundesebene. Damit obliegt dem Bundespräsidenten aus meiner Sicht die Pflicht, das Tun der Nichtgewählten zu kontrollieren, zu beaufsichtigen und korrigierend einzugreifen. Und genau um diese Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen im ersten Schritt selbst wahrzunehmen, habe ich mich entschlossen, bei dieser Wahl zu kandidieren. Was meine ich mit dem ersten Schritt? Ich sehe es als Aufgabe des Bundespräsidenten, Gesetze durch Verweigern seiner Unterschrift eben nicht in Kraft zu setzen, welche den Menschenrechten oder wahrscheinlich auch nur dem Willen der Menschen in unserem Land widersprechen.

Der zweite, wesentliche Schritt muss es sein, die Menschen zu fragen, sie in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, was sie wirklich wollen. Das können sie nicht alles selbst ausarbeiten, aber sie haben letztendlich die Entscheidungsgewalt – zumindest sollten sie diese in einer echten Demokratie haben.

Ich will dies mit einem einfachen Beispiel aus dem Alltag eines jeden Verkehrsteilnehmers verdeutlichen (wie ich es kürzlich in einem Interview beschrieben habe).

Wir kennen alle eine Sperrlinie auf der Straße und wissen: Da dürfen wir nicht drüberfahren. Und eine doppelte Sperrlinie? Wie kann man da doppelt nicht drüberfahren? Dazu habe ich einmal die Erklärung bekommen, dass man eine einfache Sperrlinie nicht überfahren, also nicht mit dem Reifen darüberfahren darf und eine doppelte Sperrlinie nicht überragen darf. Bei einer solchen muss somit auch der Raum über den beiden Linien frei bleiben und Teile des Fahrzeuges wie etwa der Seitenspiegel dürfen nicht oberhalb der Linie in den Luftraum ragen. Logisch fortgesetzt heißt das: Zwei einander entgegenkommende Fahrzeuge können im Luftraum über eine einfachen Sperrlinie mit den Außenspiegeln kollidieren, ohne dass jemand die Straßenverkehrsordnung verletzt hat. Ein Unfall, an dem nun wer schuld ist? Konsequenterweise, verursacht ein schlechtes Gesetz so einen Unfall, bei dem sich niemand rechtswidrig, sehr wohl aber falsch verhalten hat. Solche Kleinigkeiten machen für mich deutlich, was juristisch in unserem Land nicht stimmt. Geschriebenes Recht und die praktische Realität stehen nicht im Einklang. Ob nun eine einfache Sperrlinie ausreicht, die man nicht überragen darf, oder es nur mehr eine doppelte gibt, ist mir egal, aber so wie es jetzt ist, ist es unnötig kompliziert und funktioniert nicht einmal.

Ich sehe es unter anderem als die Aufgabe des Bundespräsidenten – zumindest ist es dann seine Aufgabe, wenn die Nichtgewählten diese nicht selbst wahrnehmen –, eine Projektgruppe von Fachleuten einzusetzen, welche sich für die Dauer meiner Amtszeit damit befassen, unsere Gesetze auf deren praxis- und alltagstaugliches Funktionieren hin zu hinterfragen. Die Dringlichkeit, in welchen Bereichen dies geschehen soll, werden mir Menschen quer aus der Bevölkerung mitteilen, für die ich vierzehntägig Termine zu persönlichen Gesprächen zur Verfügung stellen werde. Was dann wirklich beschlossen und neues gültiges Recht in Österreich wird, das werden Juristen vorschlagen und darüber werden die Menschen abstimmen.

Wenn ich mir nicht nur diesen Rahmen der Möglichkeiten eines Bundespräsidenten ansehe, sondern über den sprichwörtlichen Tellerrand hinausdenke, dann stelle ich mir den erstrebenswerten Soll-Zustand unseres Staatsgefüges so vor, dass direkt gewählte Personen in politischer Verantwortung miteinander themen- und kompetenzübergreifend, wohlwollend und im Sinne der Menschen handeln, durch welche ihnen das Vertrauen bei der Wahl ausgesprochen wurde. Ein Zwischenschritt dorthin wäre es, sofort nach meinem Amtsantritt die Regierung zu entlassen. Und wie es damals durch den Bundespräsidenten Van der Bellen geschehen ist, eine Übergangsregierung aus einem Bundeskanzler und Ministern zu bilden, welche vorerst so schnell wie möglich all jene Schäden reparieren, welche die derzeitigen Nichtgewählten angerichtet haben. Der nächste Schritt würden Neuwahlen sein. Diesen voran muss eine neutrale Information der Bevölkerung gehen, welche wahlwerbenden Parteien was als neue Zielsetzung sehen und vor allem wie und zu welchem Zweck sie das erreichen wollen. Es wird darauf zu achten sein, und das ist auch die Arbeit der Übergangsregierung, dass sogenannte Wahlkämpfe rechtskonform geführt werden. Dass Obergrenzen von Wahlbudgets eingehalten werden. Dass dies bereits während des Wahlkampfes überwacht wird und dass Verstöße sofort aufgezeigt werden. Die Menschen sollen vor dem Wahltag die Möglichkeit haben, einen Eindruck zu gewinnen, wer mit unlauteren Mitteln agiert, wer offenkundig anfällig für Korruption ist, wer würdig ist und wer dies eher nicht zu sein scheint. Und letztendlich will ich mit meiner (ersten) Amtszeit den Umbau unseres Staatsgefüges von einer repräsentativen zu einer direkten Demokratie beginnen – ein Prozess, der längst überfällig ist, der durch mehrere Bundespräsidenten begleitet werden muss und der durch mich seinen Anfang nehmen kann, für ein neues ein selbstbestimmtes Österreich, weil es an der Zeit ist, dass wir unser Land selbst regieren.